

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 205 (1932)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik.

(Juli 1930 bis Ende Juni 1931.)

Allgemeines.

Der dänische Dichter Andersen Nexö sagte in einem Vortrag, und zwar in Bern: „Die uns vorangegangene Epoche hat die Aufgabe gelöst, die ihr gestellt war, nämlich den Beweis zu leisten, daß man materielle Güter in fast unbegrenztem Maße herstellen kann. Die kommende Epoche muß die neue Aufgabe lösen: Wie bringen wir die Güter dahin, wo sie gebraucht werden.“

An diese Worte müssen wir denken, wenn wir die Lage der Welt, insbesondere aber Europas, betrachten. Wir dürfen uns nicht täuschen: Der Himmel hat sich verdüstert, sehr verdüstert. In einem nie vorher gekannten Ausmaße wird die Industrie von der Arbeitslosigkeit heimgesucht. Alles in allem schätzt man die Zahl der Beschäftigungslosen während der schlimmsten Periode, im Winter 1930/31, auf rund 20 Millionen. Und feiern müssen diese Millionen, weil wir noch nicht verstehen, die erzeugten Waren dorthin zu bringen, wo man ihrer dringend bedarf. Die Arbeitslosigkeit aber macht die Bedürftigen noch ohnmächtiger, Waren anzuziehen und zu verbrauchen.

Unter dem Gespenst dieser Krise entwickelt sich die politische Lage zum Schlimmen. Wenn wir auch hoffen dürfen, daß der gute Wille führender Staatsmänner jedesmal, wenn unmittelbar Gefahr droht, das schwankende Schiff um die Klippen lenken werde, so können wir uns doch nicht verhehlen, wie sich überall Zündstoffe häufen.

Der **Völkerbund** hat in seinem militärischen Jahrbuch 1929/30 ausgerechnet, daß in der Welt jährlich 17 Milliarden Mark für Rüstungszwecke ausgegeben werden; mehr als drei Fünftel davon entfallen auf Europa; in diesen Zahlen spricht die geheime Angst aller Nationen, von bösen Nachbarn überfallen zu werden. Und diese Angst wird in der wachsenden Absatzkrise groß und größer.

Gleichzeitig werden überall die Zölle erhöht, weil jeder hofft, wenigstens den nächsten Markt

für seine Produktion zu retten, den inländischen. In Europa allein werden an den verschiedenen Grenzen über acht Milliarden erhoben. Vor allem versucht man, die Landwirtschaft mit Hilfe dieser preiserhöhenden Maßnahmen zu retten; wenn möglich ist sie noch tiefer in den Schlamm geraten als die Industrie, auch wenn sie keine Riesenzahl von Beschäftigungslosen aufweist.

Um den drohenden Gefahren zu begegnen, hat vor einem Jahre **Frankreich**, geführt von seinem volkstümlichsten Staatsmann, Briand, zum erstenmal die Initiative ergriffen, um die europäische Zersplitterung zu beenden. Eine Rundfrage an alle Regierungen erging: „Was meinen Sie zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa?“

Das Ergebnis war, daß wir nun neben den andern Kommissionen des Völkerbundes auch eine „Europa-Kommission“ haben, die vorderhand keine wichtigen Früchte reifen konnte; denn alle Staaten wachten eifersüchtig über ihre Sondervorteile. Namentlich in England und Italien stieß Briand auf Misstrauen, und der Plan wurde als der Versuch ausgelegt, die Führung unseres Kontinents auf alle Zeiten Frankreich zu übertragen und die Friedensverträge zu verewigen.

In gleicher Weise werden dem Abrüstungsgedanken überall Hemmungen in den Weg gelegt, und die künftige, immer wieder verschobene allgemeine Abrüstungskonferenz steht bis heute unter bösen Sternen. Ist es doch trotz scheinbaren Einigungen bis heute nicht gelungen, Frankreich und Italien zu einer Übereinkunft in bezug auf Marinerüstungen zu bewegen.

Seit Briand seinen Schritt zur europäischen Einigung gewagt, ist seine Stellung schwer erschüttert worden. Er unterlag gegenüber Doumer, der an seiner Statt zum Präsidenten der Französischen Republik gewählt wurde. Doumer gilt als der Mann des unentwegten Nationalismus; Briands Niederlage wird darum als ein Schlag für die Friedensfreunde empfunden, und die Linke, in Sozialisten und Radikale zerstört und noch mehr geschwächt durch die Kämpfe in der Industrie des Nordens, in Lille, Roubaix, Tourcoing, wo die Kommunisten

die Unruhe noch vermehren, sieht mit Sorgen der Zukunft entgegen. Briands Niederlage ist aber eigentlich die Folge der

Entwicklung in Deutschland. Dort wurde im Juli 1930 der Reichstag aufgelöst, weil der Kanzler Brüning einen andern brauchte, um seine diktatorische „Notverordnung“ durchzubringen. Am 14. September kehrte das Parlament wieder, vermehrt um einen gewaltigen Zusatz von Nationalsozialisten und Kommunisten; die bürgerlichen Parteien der Mitte waren schlimm dezimiert worden; auch die Sozialdemokratie hatte verloren.

Um den Kurs der Mitte zu retten, „tolerierten“ die Sozialdemokraten die Regierung Brüning; durch diesen passiven Widerstand erbost, zogen Nationalsozialisten und Deutschnationale aus dem Reichstag; später schickte der Kanzler die Versammlung überhaupt in die Ferien, alles mit Zustimmung der bürgerlichen und sozialistischen Mittelparteien.

Die Radikalisierung der Massen nach links und rechts entsprang der Krise und dem furchtbaren Elend, welches vor allem den Mittelstand zerreibt; im Laufe des Jahres zeitigte diese Krise nun eine weitere Katastrophe: Mangels eingehender Steuern bekam das Reichsdefizit ein Loch von 2 oder mehr Milliarden. Abermals haben die Sozialdemokraten Brüning ermöglicht, den Zusammentritt des Reichstages zu verhindern und in einer neuen Notverordnung durch Steuern, Gehaltsabbau und ähnliche Maßnahmen das Defizit zu stopfen.

Dieser Kurs führt aber immer tiefer in die Krise hinein, beseitigt vor allem nicht die Arbeitslosigkeit; niemand kennt das Heilmittel, und viele Pessimisten fürchten den nächsten Winter, der die Katastrophe bringen könnte.

Auf der Rechten glaubt man, die alleinige Schuld liege in den Reparationen, und es steht deshalb für die nächsten Monate eine Konferenz zur Revision des Young-Planes in Sicht.

Gerade die deutsche Radikalisierung aber war es, die in Paris Briands Stellung erschwerte, so daß die Revisionsbestrebungen auf harten Widerstand stoßen werden.

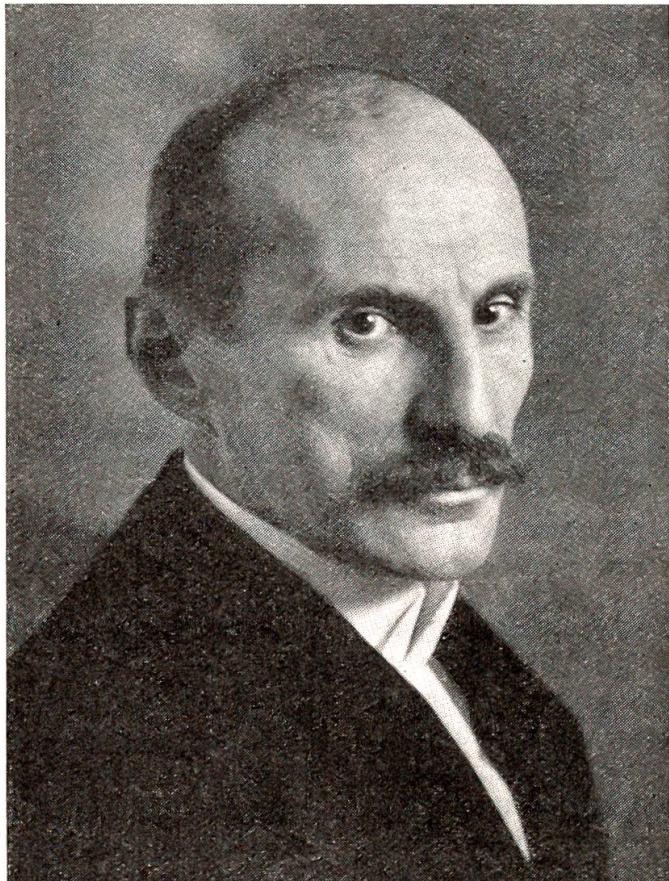
Unter dem Druck der Krise und des radikalen Nationalismus hatten übrigens die Deutschen zusammen mit

Österreich den Plan einer Zollunion abgekettet, und dieser Plan vor allem war es, der Briand schadete; vorläufig hat er sich zum Sprecher der französischen Rechten entwickelt, die einen Anschluß Österreichs ans Reich mit allen Mitteln verhindern will. Mit englischer Hilfe erreichte Deutschland, daß der Zollunionsplan dem

Haager Schiedsgericht

unterbreitet werden soll. England strecte Österreich auch die Geldmittel vor, um seine verkrachte größte Bank zu sanieren, damit es nicht mit Hilfe französischen Geldes in Abhängigkeit von Paris falle.

Österreich ist nach dem drohenden Heimwehrputsch vom letzten Jahre in eine mittlere Linie geraten; die Wahlen zum Nationalrat endeten mit einer Niederlage der Heimwehren und der Rechten überhaupt, statt mit einer Vernichtung der Linken.



Dr. H. Häberlin.
Bundespräsident für das Jahr 1931.



Unterfahrt von W. Bauhofer in Bern nach dem Distanzritt Bern-Paris-Bern.
Phot. Rohr, Bern.

Ungarn bekam durch den deutschen Zollallianzplan plötzlich Luft und fühlte sich umworben; Frankreich griff die italienische Idee einer neuen Habsburgerkrönung in Budapest auf und liebäugelt mit einer Restauration der Donaumonarchie, welche man gegen Berlin ausspielen könnte. Die Kaiserin Zita siedelt nach dem italienischen Viareggio über und nimmt teil an der Einfädelung einer Heirat des ungarischen Thronanwärters Otto mit einer italienischen Prinzessin. Dem gegenüber stehen die Interessen der

Tschechoslowakei, die weder Zollumarmung durch Berlin und Wien noch Habsburger wünscht, in Prag antideutsche Demonstrationen duldet und im übrigen daran arbeitet, den alten Adelsbesitz unter die Bauern aufzuteilen.

Jugoslawien wird es sich ebenfalls zweimal überlegen, ob es Frankreich seine neuen Pläne dankt; es wird mit Nachdruck arbeiten, um die gemeinsame Aktion Italiens und Frankreichs für Ungarn gegen Deutschland zu verhindern. Im

übrigen hat es ein ruhiges Jahr hinter sich; unter der Militärdiktatur kommt sozusagen kein politischer Laut an die Öffentlichkeit; höchstens daß dann und wann in einer adriatischen Stadt mit italienischen Matrosen gerauft wird oder daß in den Grenzgebieten

Albaniens Banden auftauchen; lautlos geht auch in diesem Lande die wirtschaftliche Durchdringung, der Ausbau strategischer Straßen und Eisenbahnen durch die Italiener vor sich.

Bulgarien erzittert unter den erbitterten Kämpfen des „promafedonischen Komitees“; trotz Ausgleich haben die Jugoslawen beständig ihre Sorgen vor Rückenangriffen dieser Elemente.

Rumänien endlich steht nun unter der verkappten Diktatur des Professors Jorga, der nach siegreichen Wahlen ein gefügiges Parlament besitzt, sich der Unterstützung von Seiten der Liberalen Bratianus erfreut und die Bauernpartei Manius auf die Seite geschoben hat; König Carol ist das unsichere Element in der Kleinen Entente geworden, der unter Umständen bereit sein würde, auf die italienisch-habsburgischen Pläne einzugehen.

Griechenland hat ein Jahr der Konsolidierung hinter sich. Die angesiedelten Flüchtlinge fangen an, Wurzeln zu schlagen. Durch die Eingang mit der

Türkei wie mit Italien hat es vor allem äußere Ruhe gewonnen. Bei den Türken wurde mit Erlaubnis des Diktators Mustafa Kemal eine Oppositionspartei Fethi Beyis gegründet, damit der Scheinparlamentarismus der Regierung in Europa ein wenig mehr Kredit verschaffe. Im übrigen gebärdet man sich in Ankara sehr modern,

baut die Hauptstadt aus und bewegt sich nach wie vor in extremstem Nationalismus. Der Aufstand der Kurden im Araratgebiet führte zur fast völligen Vernichtung des Stammes; zwischen Persien, Adrianopel und Syrien ist der Raum frei für die Schaffung eines einheitlich osmanischen Volkstums nach europäischem Vorbild. Für eine europäische Demokratie freilich ist der Raum noch lange nicht gewonnen.

In allen Staaten des nahen Ostens spielt heute der zunehmende Einfluß des expansiv lebendigen

Italien die Hauptrolle. Die faschistische Politik arbeitet an einem Bündnisystem zur Zerstörung der französischen Vormacht. Verträge mit Griechenland und der Türkei wie mit Bulgarien und Ungarn beseitigen die Rivalitäten zwischen diesen belasteten Erben des Krieges und suchen die Wege nach Polen und Rumänien zu ebnen, um Tschechen und Jugoslawen völlig zu isolieren.

Im Innern wird an der Festigung des Regimes gearbeitet, immer wieder hört man jedoch von Verhaftungen, Prozessen und Verbannungen; in Triest wurden sogar gegen Slowenen vier Todesurteile gefällt; in jüngster Zeit erledigte man die Vereinigung „Gerechtigkeit und Freiheit“ in Mailand. Dagegen ist man mit der „katholischen Aktion“ nicht fertig geworden; der Konflikt mit dem Papst dauert an. Die Schäden des Erdbebens in Neapel und dem ganzen Süden sind eben gerade verschmerzt, haben aber in keiner Weise die außenpolitische Lebhaftigkeit zurückzubinden vermocht.

Beziehungen mit Russland, vor allem handelspolitischer Art, scheinen auf stillschweigendes Verstehen mit jener Diktatur des Ostens hinzuweisen, sofern es sich um die europäische Politik handelt; strebt doch auch Moskau danach, die Position Frankreichs zu brechen.

Russland ist ein Rätsel geblieben. Niemand kann sagen, ob der Aufbauplan des Sowjetstaates lauter Bluff oder Tatsache sei; auf jeden Fall haben die staatlichen Organe das Außenhandelsmonopol und sind im vergangenen Jahre zum erstenmal mit Getreide, Holz, Benzin und andern Artikeln auf dem Weltmarkt erschienen, haben während des allgemeinen Zusammenbruches die

sowieso schon tief stehenden Preise noch unterboten und die allgemeine Verwirrung vermehrt. Verschiedene Staaten ergriffen gegen dieses „Dumping“ allerlei Maßnahmen. Allenthalben aber fürchtet man, sie könnten wiederkommen, vor allem dann, wenn der Fünfjahresplan gelingen sollte.

Mit der Preisunterbietung, so nimmt man an, versucht der Kommunismus die Störung der Wirtschaft und die Weltrevolution zu erreichen; die Waren sollen erreichen, was die revolutionären Agenten bisher nicht zustande brachten.

Vor allem in den Kolonien spürte man diese Minierarbeit der dritten Internationale und gab die Schuld für alle Unruhen den Russen, auch da, wo man selber gefehlt hatte. Das betrifft in erster Linie das

Britische Weltreich. Zu Hause haben die Engländer bis heute mit dem Arbeitslosenproblem ebensowenig wie die Deutschen fertig werden können. Die Regierung der Labour Party ist infolgedessen moralisch sehr geschwächt. Nur die Liberalen vermochten sie bis jetzt vor dem Sturz zu bewahren. Der liberale Führer Lloyd George hat durch diese Unterstützung die Anträge der Konservativen auf erhöhte Schutzzölle vereitelt; in gleicher Weise wurde die radikale Umstellung der Außenpolitik verhindert. Trotzdem sinkt das Ansehen der herrschenden Partei, und alle Nachwahlen beweisen, daß die Aussichten der Konservativen wieder stark gewachsen sind. Die Liberalen wünschen aber, daß MacDonald und nicht Baldwin gewisse Aufgaben zu Ende führen werde, weil sie glauben, das Reich fahre dabei besser. Das hoffen sie vor allem in bezug auf die indische Frage.

Indien hat im vergangenen Jahre seine „Revolution“ in ganz eigenartiger Weise geführt und eigentlich auch gewonnen. Zuerst wurde der Führer der Ungehorsamskampagne, Gandhi, eingesperrt, mit ihm die wichtigsten andern Nationalisten, dazu über ein Viertelhunderttausend andere Männer und Weiber, die entweder Salz gewonnen, zum Boykott der englischen Waren aufgefordert oder auch direkt auf die Polizei losgegangen waren. Während die Führer in den Gefängnissen saßen, unterhandelten in London an der „Round-Table-Konferenz“, also

am „runden Tisch“, die englische Regierung und die nicht verhafteten indischen Politiker, vor allem aber die Fürsten, die Gandhi fürchten, über eine neue Verfassung.

Als das Resultat dieser Beratungen in Indien bekannt wurde, ordneten die Nationalisten einen Trauertag an; die Bewegung verstärkte sich. Dann aber begannen direkte Verhandlungen zwischen dem Vizekönig und dem gefangenen Gandhi, und schließlich wurde der Führer freigelassen, nachdem die Regierung eine Reihe Zugeständnisse gewährt, vor allem in der Salzfrage, und die politischen Gefangenen größtenteils zu entlassen versprochen hatte.

Gegenwärtig rüstet man in London für die zweite Rundtisch-Konferenz; als indischer Delegierter wird Gandhi selbst erwartet; in Indien geht die Bewegung mehr oder weniger offen weiter; gegenüber den letzten Jahren ist zwar große Beruhigung eingetreten; die Zuversicht der Nationalisten aber ist sehr gewachsen.

Von den übrigen Teilen des Reiches gibt die **arabische Welt** immer noch am meisten Sorgen auf. Die Streitigkeiten zwischen eingeborenen Arabern und eingewanderten Juden in **Palästina** haben zwar nicht neue Opfer gefordert, stellen aber die Regierung in London vor die Frage, ob sie den jüdischen Nationalismus unterstützen und sich damit die Sympathien der jüdischen Weltfinanz sichern, oder ob sie ihn fallen lassen und dadurch die arabischen Sympathien gewinnen solle. Die Zionisten können sich auf die während des Krieges gegebenen Versprechen eines „Nationalheimes“ berufen, die Araber aber ebenso auf das proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

Ägypten, das ja nur noch militärisch zum Reihe gehört, hat wieder einmal blutige Wahlen erlebt; die „Wafdisten“, die demokratische Oppositionspartei, hat Erfolge, aber keinen Sieg erzielt, und so wird es vorläufig bei der Diktatur bleiben.

Wenn man die britische Politik richtig würdigt, so ist sie auch heute noch maßgebend für die ganze Lage Europas in der Welt, und eine freiheitliche Lenkung des Reiches muß alle Gefahren unserer Zeit herabmindern. Darum ist auch die Rolle so wichtig, welche der britische Außenminister Henderson in der europäischen Politik spielt.

Ihm haben wir es zu verdanken, daß der deutsch-österreichische Zoll-Unions-Handel vor das Schiedsgericht kommt. Er ist es auch, der in Chequers mit den deutschen Ministern konferiert und dort wahrscheinlich die neuen Reparationsverhandlungen eingeleitet hat. Schade, daß England nicht auch anderswo in Europa aktiver eingreift; seine Hand verspürte man, als der Völkerbund die Wahlen in **Polnisch-Oberschlesien** untersuchte und den Beschwerden der deutschen Minderheit Nachdruck verlieh. Nicht eingreifen konnte England durch Genf in

Polen selbst, wo die herrschende Partei vor den letzten Sejmwahlen die Opposition mit allen denkbaren Mitteln des Terrors vernichtete, die Führer zum größten Teil in die Kerker steckte und die Stimmen ihrer Wähler mit den raffiniertesten Methoden annullierte; gegen die Mißhandlung der Gefangenen in Brest-Litowst haben die Universitäten von Warschau und Krakau gemeinsam protestiert; der alte Marshall Piłsudski aber schreitet über alle Proteste hinweg und verachtet das Parlament.

Finnland dagegen hat seine Diktatur abgeblasen. Bei den Wahlen eroberten die Sozialisten einen Teil der Stimmen, welche die Kommunisten verloren, auch die übrigen Linksparteien gewannen, und der Traum der Lappoleute, vollkommen über die demokratischen Elemente Meister zu werden, zerrann. Es kam sogar zu Strafverfolgungen gegen mächtige Leute der Reaktion wegen geplanten Entführungsaktionen; zur Stunde ist völlige Beruhigung eingetreten; die kommunistischen Übergriffe freilich sind abgeschlagen. Nichtsdestoweniger fürchtet man in Helsingfors alles, was von Osten herkommt, so die großen russischen Manöver, die um Petersburg abgehalten wurden. Man arbeitet mit den

baltischen Staaten, so gut es geht, zusammen, findet aber nicht den Weg zu einer engen Allianz, denn **Litauen** geht seine eigenen Wege und leistet sich das Vergnügen, den päpstlichen Nuntius aus dem Lande zu weisen, da man des Konkordats, welches der gestürzte Woldemar geschaffen, überdrüssig geworden. Auch mit

Schweden und **Norwegen** sowie mit **Dänemark** gewinnt der Wachtposten im nahen Nordosten, Finnland, keine Verbindung. Die drei

Skandinavischen Länder kümtern sich in erster Linie um die häuslichen Sorgen, die die Krise ihnen bringt. Nur Dänemark hat der Welt zu denken gegeben: Es ersetzte seine Landarmee durch ein starkes Polizeiwachtkorps; man hofft nur, daß es diese Maßnahme nicht zu bereuen habe.

Den Schlüssel zur Lösung der Krise, so denkt man in Europa, haben die **Vereinigten Staaten von Nordamerika**. Allein U. S. A. weiß sich selber kaum zu helfen. Weiterhin sind die Warenpreise gesunken; unzählige Banken haben ihre Schalter geschlossen. Im mittleren Westen kam es zu einer eigentlichen Hungersnot mitten im fruchtbarsten Farmergebiet; alle Vorteile verwandelten sich in Nachteile: Die gute Ernte vermehrte nur die Not der Bauern, die Verbesserungen der Maschinen-technik, die reiche Ausbeute der Bodenschäze stellten die Industrie wie den Handel vor immer schlimmere Folgen; über allem aber gab die Misere der Finanzwelt zu denken.

Die allgemeine Unzufriedenheit äußerte sich in den Wahlen; beinahe gewannen die Demokraten die Mehrheit; die noch bei den letzten Präsidentschaftswahlen allmächtigen Republikaner stehen vor der nahen Aussicht, ein nächstes Mal vollkommen geschlagen zu werden. Zum erstenmal hat auch eine eigene Farmerpartei mit Erfolg Kandidaten aufgestellt.

Man rechnet damit, daß die Erfolge der Demokraten auch das Ende der Prohibition bedeuten werden; die gegenwärtige Regierung freilich hat sich bis heute einer Änderung der Alkoholgesetzgebung widersezt; ein Volkswirt fragt: „Abschaffung der Prohibition? Aber würde Al Capone dies erlauben?“



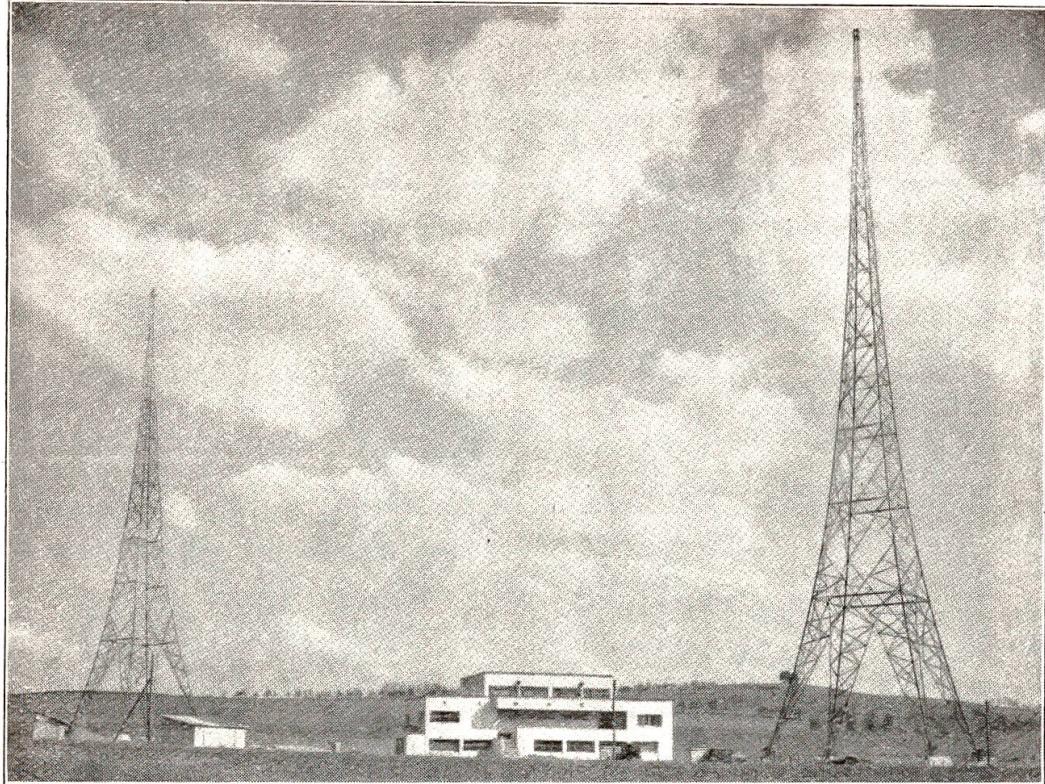
Prof. Piccard nimmt Proviant in seine Kabine.

Phot. Netze, Zürich.

Mitten im Elend der Krise hat sich endlich die große Union zu einem Entschluß aufgerafft. Präsident Hoover hat im Juni 1931 einen Vorschlag an sämtliche Staaten Europas, wie auch an Japan und alle andern am Reparations- und Schuldenproblem interessierten Mächte gerichtet, die Schuldzahlungen für ein Jahr zu stunden, damit sich namentlich Deutschland von der Krise erholen könne.

Die Börsen der großen Weltstädte wurden nach diesem Vorschlag sofort lebendig; an vielen Orten nahm man die Nachricht aus Washington wie eine frohe Botschaft auf. Einzig Frankreich machte Schwierigkeiten, und das Parlament beschloß noch rasch einige Milliarden Kriegskredite zum Festungsausbau, ehe es der Regierung erlaubte, Hoover zustimmend zu antworten.

Die größten Sorgen bereitete den Nordamerikanern die Revolutionswelle, welche über das ganze lateinische Amerika, aus-



Der Landessender Beromünster.

genommen Mexiko, brauste. Die dort unten alltäglichen Revolten waren diesmal anderer Art, und es erwies sich deutlich, daß die eigentliche Ursache in der Krise zu suchen sei, die sich in den Agrarstaaten und Lieferanten Nordamerikas und Englands viel schwerer bemerkbar mache als anderswo.

Mit Peru fing es an. Peru ist den Nordamerikanern verschuldet; Unzufriedenheit herrschte dort seit lange, entlud sich aber erst, als das wirtschaftliche Barometer auf Sturm fiel. Der Präsident Leguia wurde gestürzt, gefangen, in Anklagezustand gesetzt; gegen die neue Regierung des Generals Cerro aber erhoben sich wieder andere Truppen, und bis heute ist nicht sicher, welche militärische Junta schließlich obenauf bleibt. Auch Chile verspürte die Erschütterung. Zu einer eigentlichen Revolte jedoch kam es wiederum in

Argentinien. Der alte Präsident, Irrigoyen, wie man sagt ein Parteigänger Englands, wurde gestürzt, ebenfalls gefangen und darauf in Gnaden entlassen. Militär und Grundbesitz regieren nun, und man behauptet, Nordamerika sehe dies

Staaten in **Brasilien**. In diesem Staate wurde die Regierung erst nach wochenlangem blutigem Bürgerkrieg durch eine neue ersetzt, und auch dies erst, nachdem in letzter Stunde wichtige Abteilungen der Regierungstruppen zur Revolution übergegangen und das Heft in ihre Hände genommen. Brasilien wird aber auch in seiner neuen Lage mit dem Hauptproblem nicht fertig werden; seine Kaffeeüberschüsse machen ihm Sorgen; die alte Regierung hatte versucht, durch großzügige Finanzierung die Preise dieses wichtigsten Produktes zu halten, und als ihr dies nicht gelang, waren ihre Stunden gezählt.

Auch in **Mittelamerika** scheint alles auf vulkanischem Boden zu ruhen. **Nicaragua** ist mit seinem General Sandino immer noch nicht fertig, und jeden Tag wird befürchtet, daß er irgendwo auftauche und die jetzige Regierung, die Amerika stützt, belästige. In **Cuba** hört man etwa von einem Attentat auf den amerikanischen Parteigänger, den Präsidenten Machado. Daneben erlebte die Insel **San Domingo** ein furchtbare Erdbeben, verzeichnete mehr als 1000 Tote

ganz gerne; jedenfalls bekämpfen sich in dieser neben Chile bisher ruhigsten Republik des Südens die nordamerikanischen und englischen Kapitalinteressen. Wie die beiden Industriestaaten sich den Rang abzulaufen suchen, zeigte sich darin: Der britische Thronfolger, der Prinz of Wales, erschien in Buenos Aires gewissermaßen als Propagandist seines Landes. Raum war er weg, so erschien auf der selben Stelle Nordamerikas populärster Flieger Lindbergh, um den Briten den Rang abzulaufen.

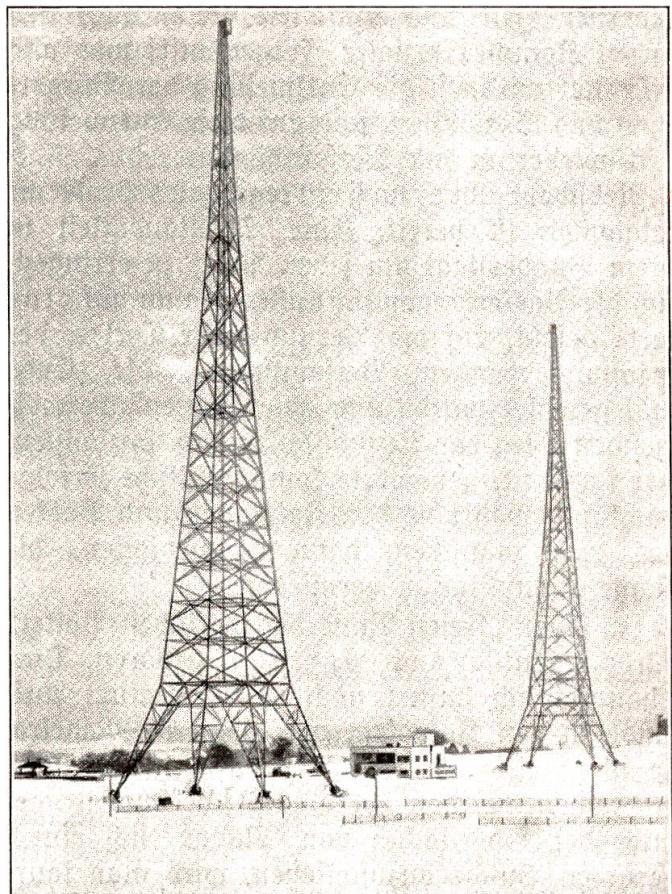
Ebenso wie in Argentinien minieren beide

und die doppelte Zahl von Verletzten, gleichsam zum Zeichen, daß es in der Welt Unglück genug gebe, ohne daß es der Mensch durch seine Unzulänglichkeit zu vermehren brauchte.

Besteht wohl ein Zusammenhang zwischen den südamerikanischen Revolutionen und den Ereignissen in Spanien und Portugal, diesen beiden Mutterländern des lateinischen Amerika? In Spanien ist die jahrzehntealte republikanische Bewegung fast über Nacht siegreich geworden. Noch im vergangenen Jahre wurde eine wahrscheinlich schlecht vorbereitete Erhebung von der monarchischen Militärmacht niedergeworfen. In Jaca verurteilte das Kriegsgericht die beiden Hauptleute Calen und Salenas zum Tode, während man die republikanischen Führer selbst in den Gefängnissen sehr sorgfältig behandelte, wohl in der Voraussicht, daß sie trotz allem bald ans Ruder kommen könnten. In Portugal wartete der entflohe Flieger Franco auf einen nächsten günstigen Moment.

Die Wendung aber trat ein, als die Gemeindewahlen eine überwältigende Mehrheit für die Republikaner und Sozialisten brachten. Der König verließ darauf, um nicht Anlaß für einen neuen Bürgerkrieg zu bieten, das Land. In Madrid verkündete der Republikaner Alcalá Zamora die spanische, in Barcelona der greise Oberst Macia die katalanische Republik. Das Volk jubelte einige Tage; eine neue provisorische Zentralregierung aus Sozialisten und Republikanern bildete sich; alle demokratischen Freiheiten wurden hergestellt, und selbstverständlich machten von dieser Freiheit auch die Monarchisten Gebrauch und agitierten heftig in der Presse und in der Öffentlichkeit für das Königreich und gegen die Linksparteien, um so mehr, als der König von Paris aus erklärte, daß er nicht abgedankt habe, daß er vielmehr das Resultat der Wahlen für die gesetzgebenden Cortes abwarte, die erst endgültig über die Verfassung abstimmen würden.

Als die monarchistische Bewegung sich allzulaut zeigte, benützten extremistische Elemente, die namentlich durch die in Spanien immer noch mächtigen Anarchisten oder Syndikalisten sowie die von Moskau geführten Kommunisten geführt werden, die Gelegenheit zum Generalangriff auf die klerikalen Institutionen. Dutzende von Klöstern,



Der Landessender Sottens. Waadt.

vor allem jesuitische, in Madrid und in einer Anzahl von Provinzstädten gingen in Rauch auf; Zeitungen wurden gestürmt, Eigentum geschädigt, Personen aber verschont; die Jesuiten verließen zum Teil das Land. Nach einigen Tagen wurde die Zivilgarde ohne Mühe Herrin der Lage, da die Masse sich ohnehin beruhigt hatte; die monarchistische Bewegung hielt sich fortan im Hintergrund.

Unruhen aber ereignen sich fast täglich. Stoff zur Unzufriedenheit ist in Menge vorhanden; die Arbeiterfrage in Andalusien, die kaum in Angriff genommene Bodenfrage geben unendliche Schwierigkeiten; man muß sich vor Augen halten, daß die neue Regierung eigentlich zu gleicher Zeit vor Probleme gestellt ist, die zwei Zeitaltern angehören; die einen fallen noch in den Rahmen der Aufrichtung bürgerlicher Freiheiten, im mittleren Europa hergestellt im Laufe des letzten Jahrhunderts; die andern aber entstammen

moderner Zeit und umfassen gleich auch den ganzen Komplex sozialer Fragen mit; was also befürchtet wird, ist die Entzweierung der Bürgerlichen und Sozialisten, und auf diese Entzweierung hofft wiederum der Monarchismus.

Nebstdem gibt es noch ein regionales Problem: Katalonien ist bereit, seine Selbständigkeit in einem Bundesstaat um jeden Preis zu erringen, auch die Basken regen sich; alles ist nun auf eine Karte gesetzt, auf die Vernunft der Cortes, der verfassunggebenden Versammlung, die Ende Juni gewählt wurde und einen neuen überwältigenden Sieg der Republikaner und Sozialisten, aber kaum nennenswerte kommunistische Erfolge brachte; gewährt sie den Katalanen und Basken was diese wünschen, dann ist wenigstens die nächste Komplikation vermieden.

In einen „freien Bund der iberischen Völker“ würde eigentlich auch Portugal gehören. Dort behauptet sich immer noch eine Diktatur; Aufstände in den Kolonien, vor allem in Madeira, die gleichzeitig mit der Erhebung in Spanien ausbrachen, wurden überwältigt; es schwelt aber unter der Oberfläche; von Plänen, sich einem iberischen Bunde anzuschließen, wird man kaum sprechen dürfen, solange man nicht weiß, wie die Spanier mit den Katalanen fertig werden.

Tun wir nach dieser Betrachtung noch einen Sprung aus dem europäischen Westen nach dem asiatischen Osten, so haben wir festzustellen, daß sich in **China** auch heute noch wenig geändert hat; den alljährlichen Bürgerkrieg bekamen wir auch dies Jahr gemeldet; war es im letzten Sommer die Dreierallianz um den Christengeneral Feng, die sich gegen Tschiang Kai Schek und die Nankinger Zentralregierung erhoben hatte, so diesen Sommer eine Gruppe des Kuomintang in Kanton. Die Allianz um Feng wurde durch die Vermittlung des Herrn aus der Mandchurie, Tschang Tsü Liang, gesprengt; auf welche Weise man mit Kanton zum Frieden kommen wird, ist noch nicht sicher. Man sieht nur deutlich, daß sich der Diktator von Nanking mehr und mehr auf seine moderne Militärmacht verlassen kann und daß er auch die Steuern zu organisieren vermag; erst mit der Sicherung dieser beiden Grundlagen aber läßt sich überhaupt der geplante moderne Staat bauen; wenn ihn nicht

die Kommunisten in seiner Arbeit stören und wenn nicht die Armut der Bauern immer aufs neue die rote Gefahr heraufbeschwört, so hat vielleicht das Werk des gelben Napoleon Bestand.

Japan hatte eine kleine, aber aufregende Episode innerhalb der Grenzen seiner Inseln zu erleben: Auf Formosa erhob sich ein Kopfjägerstamm gegen die fremde Herrschaft und massakrierte, was er an Japanern männlichen Geschlechtes erwischte. Mit Bomben und Maschinengewehren, die nicht nur Männer trafen, stellten Flieger und Fußtruppen die Ordnung wieder her. Im übrigen ist auch das Inselreich in den Taumel der universalen Krise einbezogen worden und verzeichnet ein Anwachsen seiner Gewerkschaften, aber auch der politischen Linksbewegung.

Unsere **schweizerische Eidgenossenschaft** lebt, verglichen mit der ganzen aufgewühlten Welt, ein ruhiges und glückhaftes Dasein, und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Stetigkeit und Sicherheit aus lange schon bestehenden Verhältnissen herleiten und dabei eingedenk bleiben, daß der vergangene Krieg diese Verhältnisse wenig gestört hat. Wir denken an den ausgewoglichenen Grundbesitz, an das starke und politisch lebendige Bauerntum ebenso sehr wie an die geschulten Arbeitermassen, die keinem allzuweit entfernten Bürgertum gegenüberstehen, keinen zur Schau gestellten Überreichtum vor Augen haben, denken an den engen und steten Kontakt, den die Parteien und Gruppen miteinander haben.

Wir haben einen monatelangen Streik der Bau- und Gipserarbeiter in Basel hinter uns, der zu einer eigentlichen Machtprobe zwischen den Parteien auszuwarten drohte, schließlich aber doch beigelegt wurde; überall dämmert die Einsicht, die der Amerikaner Ford verbreitet hat, daß man keinen übermäßigen Abbau der Löhne vornehmen kann, wenn man nicht den inländischen Markt unserer Produzenten zerstören will. Und zu gleicher Zeit sind die Tendenzen stark, welche auch Mittel- und Bauernstand vor einem Einkommensschwund schützen wollen.

Beiden Bestrebungen kommen unsere zentralen Behörden entgegen: Den Bauern wird trotz der großen Preisbaisse auf dem Weltmarkt

der Weizen für 41 und der Roggen für 32 Fr. abgenommen... oder da herum; den leidenden arbeitslosen Urmachern dagegen wird 150 Tage lang Unterstützung zugesprochen; man gewöhnt sich mehr und mehr daran, daß den Schwankungen des Marktes durch planmäßige Hilfe und Eingriffe entgegengearbeitet werden muß.

Im zähhesten Ringen erhält die Sozialversicherung ihre endgültige Gestalt; im Juni 1931 nahm der Nationalrat den bereinigten Entwurf an; noch sind die letzten Klippen, vor allem das Volksreferendum, nicht passiert; es ist aber doch damit zu rechnen, daß das Werk innert Jahresfrist Gesetz sein werde, womit wiederum eine kleine Einkommensgarantie für die Alten geschaffen, also einer der notwendigen Dämme gegen die weltverheerenden Wirtschaftskrisen, Wirklichkeit würde.

Nichts ist notwendiger als dies; wenn wir bedenken, daß Jahr für Jahr fast 1000 Selbstmorde, die vielfach wirtschaftlichen Gründen entspringen, konstatiert werden, begreift man diese Notwendigkeiten.

Indem wir solche Dämme bauen, gewinnen Veranstaltungen wie die Hy spa, die Hygiene- und Sportausstellung in Bern, die in diesen Tagen der Eröffnung entgegensteht, ihren eigentlichen Boden. Wenn die Tausende und aber Tausende hinfahren, um wieder einmal einen echt schweizerischen Ausstellungsbetrieb mitzumachen, sollen sie eingedenkt sein der alt-schweizerischen Solidarität, die allgemeine Volstüchtigkeit durch allgemeine Sorge für den Letzten bewirkte.

Diese Dinge, das fühlt man in unserm Volke, haben größere Bedeutung als etwa die Reduktion des Nationalrates, die in der Volksabstimmung Gesetz wurde. Sie sind gewiß auch wichtiger als der sogenannte Bassanesihandel, der freilich internationale Verwicklungen hätte nach sich ziehen können und eben darum soviel Staub aufwirbelte, eigentlich aber nur juristische Bedeutung hatte. Bassanesi hatte unsern Boden benutzt, um zu einem revolutionären Propagandaflug nach Mailand aufzufliegen, war am Gotthard gestürzt, wurde freigesprochen, aber vom Bundesrat des Landes verwiesen. Nichteinmischung ist unsere Devise. Sorgen wir dafür, daß wir

vielleicht ein wichtiges Teil beitragen zur Erkenntnis, welche notwendig ist, um die alle Welt bedrohende Wirtschaftsnot zu bannen. Dann haben wir wiederum den Beweis für die Berechtigung unserer Existenz geliefert und verdienen den Namen: „Herz Europas“.

Abzahlung.

Frau Pilz hatte gerade die letzte Rate auf den Kinderwagen bezahlt. Der Verkäufer erkundigte sich höflich: „Wie geht's dem Baby?“ — „O, danke, gut; es heiratet nächste Woche.“

Das Alibi.

Verteidiger bei der Beratung: „Es wäre viel wert, wenn Sie ein Alibi nachweisen könnten. Hat nicht irgend jemand Sie zu der Zeit der Tat gesehen?“ — Klient: „Nein, glücklicherweise nicht.“

Das Würmchen.

Trudchen: „Ach Muttchen, dein neues Kleid fühlt sich so weich und mollig an.“ — „Es ist von Seide, Kind, und die Seide kommt von einem ganz unscheinbaren Würmchen.“ — „Ich weiß, von Papa.“

Schneiderdeutsch.

Ein Soldat kommt zum Schneider mit einem Paar Militärhosen zum Herausnehmen der Passepoils, damit er sie in Zivil tragen kann. Der Schneider schreibt dann auf die Rechnung: „Bei einem Paar Hosen den Militarismus herausgenommen.“

Frikens Bräutchen

ist ein allerliebstes Ding, hat aber immerhin eine Art Schönheitsfehler: sie schielt, und zwar zeitweise ganz böse.

„Du, Frikz,“ hänselt ihn sein boshafter Bruder, „mach de dis Fraueli nid öppe z'plääre, süsch lousenere de d'Träne der Rügge ab!“

Auf dem Heimwege.

„Gäll, Frikli, we mer de hei chöme u d'Mueter fragt, was mer trunke heige, de seisch de schön Limonade? — Gäll, ja?“

„Ja, Vater, aber de di Nase?“